Fraktion**direkt**

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · November 2017

Künstliche Intelligenz beherrschen

CDU/CSU-Fraktion will Deutschland zum Marktführer machen

»Im Parlament schlägt das Herz der Demokratie«

Schäuble ist neuer Bundestagspräsident – Koalitionssondierungen haben begonnen

© Tobias Koch

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Inhalt

3
Der Monat
Volker Kauder

4
Die Meinung
Alexander Dobrindt über die Koalitionssondierungen

5
Die Zahlen

6
Der Brennpunkt
»Im Parlament schlägt das Herz der Demokratie«

12
Die Themen
Künstliche Intelligenz beherrschen

16
Das Gespräch
Jürgen Hardt über außenpolitische Herausforderungen

18
Die Themen
Brexit-Verhandlungen stocken

18
Impressum

19
Die Bilder

20
Das Zitat

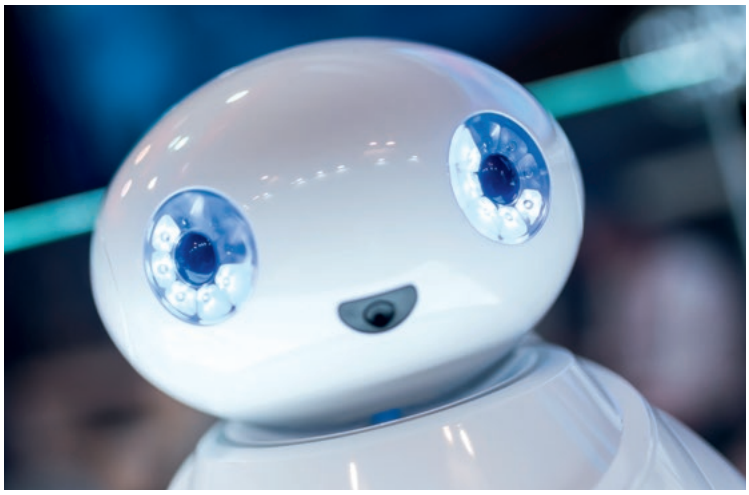
6

Der neue Bundestag hat sich konstituiert. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble warb in seiner Antrittsrede für ein zivilisiertes Miteinander.

© Tobias Koch

12

Künstliche Intelligenz wird die Lebenswelt radikal verändern. Die Unionsfraktion will die Chancen, die sich daraus ergeben, nutzen.



© Alexander Heinl/Picture Alliance

18

Die Brexit-Verhandlungen treten auf der Stelle. Die Unionsfraktion mahnt von den Briten konkrete Vorschläge an.

© vchalup/Fotolia

© Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl liegt knapp sechs Wochen hinter uns. Inzwischen hat sich der Bundestag konstituiert. Die ersten Personalentscheidungen sind im Parlament, aber auch bei uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefallen.

CDU und CSU sind nach wie vor die mit Abstand stärkste Kraft im Parlament. Wir haben alle Chancen, dass Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin gewählt wird – was sich auch die meisten Bundesbürger wünschen. Aber natürlich sind wir über das Abschneiden der Union am 24. September nicht glücklich.

Gleichwohl schauen die Bürger in den nächsten Wochen gerade auf uns. Aus vielen Gesprächen weiß ich: Die Menschen erwarten als allererstes von der Union, dass sie aus dem schwierigen Wahlergebnis etwas Positives für das Land macht. Darin dürfen wir sie nicht enttäuschen. Die Union ist die Kraft der politischen Vernunft.

Die Sondierungsgespräche haben gut begonnen. Dennoch ist klar, dass die vor uns liegenden Koalitionsverhandlungen die schwierigsten der vergangenen Jahrzehnte werden. Union, FDP und Grüne haben in ihren Programmen zwar einige Gemeinsamkeiten, aber auch tiefgreifende Differenzen. Es muss uns gelingen, dass jede Partei Punkte für sich verbuchen kann. Gleichzeitig muss jede Partei bereit sein, an anderer Stelle nachzugeben. Keine darf die andere überfordern. Allerdings muss auch die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden: Schließlich haben FDP und Grüne zusammen nur 60 Prozent der Stimmen der Union bekommen.

Mit Wolfgang Schäuble haben wir den Politiker zum Bundestagspräsidenten gewählt, der über die größte Erfahrung im Bundestag verfügt. Darüber bin ich sehr froh. Aufgrund seiner beeindruckenden Biografie verfügt Schäuble über die Autorität, die nötig ist, um das zahlenmäßig gewachsene Parlament durch eine voraussichtlich nicht einfache Zeit zu führen.

Persönlich freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen CSU-Landesgruppenvorsitzenden Alexander Dobrindt. Wir kennen und schätzen uns seit vielen Jahren. Die Union wird dann stark bleiben, wenn die neue Fraktion bei aller inhaltlichen Diskussion zu einer Gemeinschaft guter Kameraden zusammenwächst, wie sie es auch in der Vergangenheit stets war. Nach den ersten Wochen ist mir da aber nicht bange.

Ihr

Volker Kauder

Bürgerliches Wahlergebnis abbilden

Politik an der Lebensrealität ausrichten

Die Menschen in Deutschland haben gewählt und der Union einen Regierungsauftrag erteilt. Gleichzeitig aber haben sie ein klares Ausrufezeichen gesetzt. Offenbar haben sich viele Menschen in den Debatten der vergangenen Jahre nicht mehr wiedergefunden. Das müssen wir ändern und in den kommenden vier Jahren all denen, die uns dieses Mal nicht gewählt haben, zeigen, dass wir ihre Stimme im Deutschen Bundestag sind. Dafür müssen wir unser bürgerliches Profil schärfen und unsere Politik konsequent ausrichten an der Lebensrealität in unserem Land – klar in der Sprache, direkt in der Kommunikation und konservativ in unseren Überzeugungen.

»Wir müssen unser bürgerliches Profil schärfen.«

Mit dem Wahlergebnis verbunden ist eine klare Agenda für unser Land. Ganz oben steht das Thema Migration und eine Begrenzung der Zuwanderung. Dafür haben wir uns als Union das Ziel gesetzt, die Zahl von maximal 200.000 Menschen pro Jahr nicht zu übersteigen. Das erreichen wir mit einem umfassenden Konzept zur Bekämpfung der Fluchtursachen, dem wirksamen Schutz unserer Grenzen, der Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten, der weiteren Aussetzung des Familiennachzugs sowie der Einrichtung von Entscheidungs- und Rückführungszentren in ganz Deutschland. Außerdem wollen wir, dass die Entscheidungen über die zentrale Frage der Begrenzung der Zuwanderung wieder dort getroffen werden, wo sie hingehören: im Deutschen Bundestag.

Neben der Migration legen wir einen Schwerpunkt auf die sozialen Themen. In Deutschland leben 44 Millionen Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen und Steuern zahlen. Wir haben acht Millionen Familien und mehr als 13 Millionen Kinder und Jugendliche, denen wir eine gute Zukunft bieten wollen. Wir setzen deshalb auf Entlastungen, insbesondere für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Für Familien wollen wir mehr Unterstützung, unter anderem indem wir Kindergeld wie Kinderfreibetrag deutlich erhöhen. Wir wollen, dass alle Menschen nach vielen Jahren Arbeit und der Erziehung von Kindern im Alter von ihrer Rente gut leben können. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, in Ost und West. Und wir wollen ein Deutschland, das sich klar zu seiner christlich-abendländischen Prägung, seinen Traditionen, seinen Regionen und seiner Leitkultur bekennt.

Das ist unser Maßstab für die Gespräche mit FDP und Grünen. Unsere Erwartungshaltung ist klar: Eine neue Koalition muss das bürgerliche Wahlergebnis abbilden. Im Moment steht dabei noch mehr Trennendes als Einendes. Ein gemeinsames Ziel aller Verhandlungspartner kann die Bewahrung der Schöpfung sein. Es ist gut, dass die Gespräche jetzt begonnen haben, aber wir stehen noch am Anfang. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob Jamaika funktionieren kann.

Alexander Dobrindt
Erster Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe

© Bundesregierung/Kugler

246 Abgeordnete hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der **19.** Wahlperiode, davon wurden **231** direkt gewählt. **46** MdB gehören der CSU-Landesgruppe an. Die Gruppe der Frauen ist auf **49** Mitglieder geschrumpft. Während in der letzten Wahlperiode noch **25** Prozent der Abgeordneten Frauen waren, sind es jetzt nur noch rund **20** Prozent. Die Fraktion ist durchschnittlich knapp **50** Jahre alt. Mit **25** Jahren ist Philipp Amthor jüngster Abgeordneter. Ältestes Mitglied der Fraktion ist mit **75** Jahren Wolfgang Schäuble, neu gewählter Präsident des Deutschen Bundestages sowie ehemaliger Innen- und Finanzminister. Er ist zudem mit knapp **45** Jahren Parlamentszugehörigkeit dienstältester Bundestagsabgeordneter.

»Im Parlament schlägt das Herz der Demokratie«

Schäuble ist neuer Bundestagspräsident – Koalitionssondierungen haben begonnen

Einen Monat nach der Parlamentswahl hat sich der neue Bundestag gebildet. Auf der konstituierenden Sitzung am 24. Oktober wurde Wolfgang Schäuble mit breiter Mehrheit zum neuen Bundestagspräsidenten gewählt. In seiner Antrittsrede warb Schäuble für eine zivilisierte Streitkultur. Unterdessen begannen CDU, CSU, FDP und Grüne mit den Sondierungen zur Bildung einer Koalition. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, hofft, dass bis Weihnachten die Koalition steht. Die Beteiligten warnte er, rote Linien zu ziehen. Er selbst setze sich lieber »schwarze Ziele«, sagte er.

Die Sondierungsgespräche starteten in guter Atmosphäre. Trotz der inhaltlichen Differenzen zeigten sich alle Beteiligten lösungsorientiert. CDU-Generalsekretär Peter Tauber sprach von einem »konstruktiven Austausch«. Kanzleramtsminister Peter Altmaier äußerte den Eindruck, dass »alle Beteiligten den Erfolg dieses Experiments wollen«.

Differenzen bestehen etwa in der Europa- und Flüchtlingspolitik, in der Steuer- und der Klimapolitik. Deshalb erinnerte Volker Kauder daran, dass es nicht ohne Kompromisse abgehen werde. Gleichzeitig werde es »ganz entscheidend sein, dass jeder mit seiner Identität auch erkennbar bleibt«. Unbestritten ist nach dem Eindruck des Fraktionschefs, dass es keine neuen Schulden geben werde. »Es bleibt bei der ›Schwarzen Null‹.«

»Es kommt auf den Stil an, in dem wir streiten.«

Der CDU-Politiker Schäuble, seit 45 Jahren im Bundestag und damit dienstältester Abgeordneter, langjähriger Bundesinnen- und Bundesfinanzminister, bezeichnete sich als Parlamentarier aus Leidenschaft. In seiner Antrittsrede betonte er: »Im Parlament schlägt das Herz der Demokratie.« Den Auseinandersetzungen der kommenden Jahre sehe er »mit Gelassenheit« entgegen, sagte Schäuble unter Verweis auf schnellen Wandel, Fragmentierung der Wahrnehmung und eine verschärfte Tonlage in gesellschaftlichen Debatten. »Erregung und Krisengefühle sind nicht wirklich neu.« Es komme aber »auf den Stil an, in dem wir streiten«. Töne der Verächtlichmachung und Erniedrigung haben keinen Platz in einem zivilisierten Miteinander, unterstrich Schäuble.

© Tobias Koch

Einen Monat nach der Wahl kamen die Abgeordneten des neuen Bundestags zur konstituierenden Sitzung zusammen.

Der 75-jährige Jurist aus dem Wahlkreis Offenburg in Baden-Württemberg folgt auf Norbert Lammert, der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Neben Schäuble wählte der neue Bundestag sechs Stellvertreter, darunter den ehemaligen Bundesinnenminister und bisherigen Unionsfraktionsvize Hans-Peter Friedrich (CSU).

»Alle wollen den Erfolg des Experiments.«

Dem neuen Bundestag gehören 709 Abgeordnete an und damit 79 mehr als dem vorherigen. Er ist der größte Bundestag aller Zeiten. Die CDU/CSU-Fraktion umfasst 246 Mitglieder, darunter 46 von der CSU. Auf ihrer ersten Sitzung nach der Wahl billigten CDU und CSU die Vereinbarung über die Fortführung ihrer Fraktionsgemeinschaft (s. Infobox). Dies ist nur möglich, weil beide Parteien in keinem Bundesland miteinander konkurrieren. 47 Unions-Parlamentarier ziehen erstmals in den Bundestag ein.

Der neue Bundestag mit seinen 709 Abgeordneten braucht mehr Sitze.

© Tobias Koch

Die Fraktionsgemeinschaft – eine Besonderheit

Schwesterparteien müssen Vereinbarung zu Beginn jeder Wahlperiode erneuern

Die Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU ist eine Besonderheit im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland: In ihr schließen sich die Abgeordneten zweier voneinander unabhängiger Parteien zusammen. Ihren Ursprung hat die Fraktionsgemeinschaft in den Gründerjahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals entstand die Christlich Demokratische Union aus einem Zusammenschluss von konservativen, christlichen und liberalen Landesgruppen, die gemeinsame Werte und Ziele teilten. Während sich die anderen deutschen Landesgruppen zur CDU zusammenfanden, beharrte die bayerische CSU auf ihrer politischen Unabhängigkeit. Der Zusammenschluss zu einer Fraktionsgemeinschaft im Bundestag war nur deshalb möglich, weil beide Parteien in keinem Bundesland in Konkurrenz zueinander standen. Das ist noch heute so: Während sich die CSU nur in Bayern zur Wahl stellt, tritt die CDU in allen Bundesländern außer Bayern an.

Die CSU-Landesgruppe genoss von Anfang an einen Sonderstatus innerhalb der gemeinsamen Fraktion. Sie hat ihren eigenen Etat, ihren eigenen Mitarbeiterstab und ihre eigene Geschäftsordnung. Dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe kommt eine herausgehobene Stellung im Fraktionsvorstand zu: Er ist immer Erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden. In der jetzigen Wahlperiode hat Alexander Dobrindt das Amt des CSU-Landesgruppenchefs inne, in der Wahlperiode davor war es Gerda Hasselfeldt. In den Gremien und Delegationen der Fraktion wird die CSU-Landesgruppe stets gemäß ihrer Stärke berücksichtigt.

Zu Beginn einer jeden Legislaturperiode wird die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU erneuert und in einer schriftlichen Vereinbarung dokumentiert. In der von den Parteivorsitzenden Angela Merkel und Horst Seehofer unterzeichneten Vereinbarung für die 19. Wahlperiode werden die gemeinsamen politischen Ziele beider Gruppen von Abgeordneten betont. Grundlage für die Arbeit ist das gemeinsame Regierungsprogramm 2017 bis 2021, welches den Titel »Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben« trägt.

© Tobias Koch

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer unterzeichnen die Vereinbarung über die Fraktionsgemeinschaft.

Volker Kauder im Amt des Fraktionschefs bestätigt

Auf der ersten Fraktionssitzung der CDU/CSU im September, unmittelbar nach der Wahl, wurden der Vorsitzende Volker Kauder und der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer in ihren Ämtern bestätigt – traditionsgemäß zunächst für ein Jahr. Der bisherige Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt wurde zum neuen CSU-Landesgruppenchef gewählt.

Der 68-jährige Kauder sagte: »Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit meinem Freund Alexander Dobrindt.« Seit 1990 sitzt Kauder für den Wahlkreis

»Jung, weiblich, CDU – das muss eine Alltagsstory werden.«

Die jüngste weibliche Unions-Abgeordnete Ronja Kemmer über ihre Rolle im Bundestag

Seit 2014 sitzt die 28-jährige Ronja Kemmer aus dem Wahlkreis Ulm im Bundestag. In der vergangenen Wahlperiode war sie die jüngste Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, in der neuen Wahlperiode ist sie die jüngste weibliche Unions-Abgeordnete. Über ihre Erfahrungen und Erwartungen sprach »Fraktion direkt« mit Ronja Kemmer.

© Jan Kopetzky

Ronja Kemmer
CDU/CSU-Abgeordnete
aus dem Wahlkreis Ulm

Frau Kemmer, Sie sind in der vergangenen Legislatur für Andreas Schockenhoff nachgerückt. Jetzt haben Sie in Ihrem Wahlkreis 42,7 Prozent der Erststimmen geholt. Wie fühlt sich das an?

Kemmer: Ich freue mich riesig über mein tolles Ergebnis. Der Wahlkampf war zwar anstrengend, aber er war auch eine wunderbare Erfahrung. Und ich war sehr froh zu hören, dass ich in den vergangenen zweieinhalb Jahren gute Arbeit gemacht habe. Das motiviert mich doch sehr.

Wenn Sie sich zurückerinnern an Ihre erste Zeit im Bundestag: Was würden Sie den neuen Kollegen und Kolleginnen für den Einstieg raten?

Rottweil und Tuttlingen in Baden-Württemberg im Bundestag. Von 2002 bis 2005 bekleidete er das Amt des Fraktionsgeschäftsführers. Nach einem knapp einjährigen Intermezzo als CDU-Generalsekretär wurde Kauder Ende 2005 Unionsfraktionschef unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Beide arbeiten seitdem vertrauensvoll zusammen. Inzwischen ist Volker Kauder der am längsten amtierende Vorsitzende der Unionsfraktion überhaupt.

2012 berief Kauder den Juristen Grosse-Brömer als Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer an seine Seite. Der 57-jährige aus dem Wahlkreis Harburg-Land in Niedersachsen, der seit 2002 ein Bundestagsmandat innehat, war zuvor Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe, dann rechtspolitischer Sprecher der Fraktion und schließlich Justiziar gewesen, bevor er zum Fraktionsmanager gewählt wurde.

»Es wird ein wahnsinnig steiniger Weg.«

Der 47-jährige Dobrindt aus Weilheim war von 2009 bis 2013 CSU-Generalsekretär, anschließend Bundesverkehrsminister. Als Chef der CSU-Landesgruppe löst er Gerda Hasselfeldt ab, die sich nach 30 Jahren in verschiedenen einflussreichen Positionen aus dem Bundestag zurückgezogen hat. Zu den Sondierungen sagte Dobrindt, es werde ein »wahnsinnig steiniger Weg«.

Kemmer: Ich habe in der ersten Zeit viel zugehört, aber auch die Kollegen frei heraus gefragt und etliches ausprobiert. Sobald ein Problem auftaucht, ist man jedoch auf sich selbst gestellt. Alles was man entscheidet, muss man gut begründen können. Ich habe festgestellt, dass die Menschen es sehr schätzen, wenn jemand eine klare Meinung hat – unabhängig davon, ob sie die Inhalte teilen oder nicht.

Sie sind schon lange politisch aktiv, zuerst in der Jungen Union, dann in der CDU Calw. Für welche Themen setzen Sie sich im Bundestag ein?
Kemmer: Gerade als junge Abgeordnete finde ich einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen sehr wichtig. Ich habe in Schweden und Italien studiert, was ich als große Chance gesehen habe. Deswegen werbe ich für ein vereintes Europa. Vor allem interessieren mich aber Themen rund um Wirtschaft und Digitalisierung. Es wird entscheidend sein, dass wir den Anschluss an das Gigabit-Zeitalter nicht verpassen. Der digitale Wandel ist in vielen anderen Ländern weiter fortgeschritten, Rahmenbedingungen und Infrastruktur hinken bei uns aber hinterher. Für Gesellschaft und Wirtschaft gilt gleichermaßen: Deutschland darf nicht offline gehen!

Sie gehören neben der Jungen Gruppe auch der Gruppe der Frauen an, die jetzt auf knapp 20 Prozent geschrumpft ist. Wie können Sie den Anliegen der Frauen genügend Gehör verschaffen?
Kemmer: Ich bin im Bundesvorstand der Frauen Union, treffe oft Verbände wie die Landfrauen oder Frauen-Netzwerke. Und zur Zeit gebe ich als jüngste weibliche Abgeordnete viele Interviews zu dem Thema: unaufgeregt und in der Sache sehr bestimmt. Wir müssen selbstverständlich den Frauenanteil steigern: jung, weiblich, CDU – das muss eine Alltagsstory werden. Wir haben also einiges zu tun.

Gründlichkeit vor Schnelligkeit

Kauder betonte, dass es bei der Regierungsbildung nicht auf Schnelligkeit ankomme, sondern auf Gründlichkeit. Es wäre allerdings schön, wenn man bis zum Jahresende einen Koalitionsvertrag ausgehandelt hätte. »Mit großem Ernst, großer Anstrengung und mit höchster Qualität« müsse man an die Aufgabe herangehen. Die Sondierungen sollen bis Mitte November abgeschlossen sein. Verlaufen sie erfolgreich, geht es dann in die Koalitionsverhandlungen.

Für Angela Merkel wird es die vierte Amtsperiode sein. Mit einem Blumenstrauß und viel Applaus hatten die Unions-Abgeordneten ihr auf der ersten Fraktionssitzung der 19. Wahlperiode zur Wiederwahl gratuliert. Nach zwei Koalitionen mit der SPD und einer mit der FDP steht sie vor neuen Herausforderungen. Die von den Wählern abgestrafte SPD lehnt aus taktischem Kalkül eine Regierungsbeteiligung ab.

Neu in den Bundestag eingezogen sind 47 CDU- und CSU-Abgeordnete. Für sie richtete die Fraktion einen Empfang aus, an dem auch Angela Merkel und Volker Kauder teilnahmen. Beide erinnerten sich lebhaft an ihre Anfangszeit im Bundestag, an die Begegnungen mit den neuen Kollegen und die Einrichtung des Büros. Diese Situation sei etwas Besonderes gewesen, sagte Merkel. Unterdessen schieden 110 Unions-Abgeordnete aus dem Parlament. »Sie werden uns fehlen«, sagte Kauder. Er wies darauf hin, dass sie nach ihrem Ausscheiden weiterhin »in unserer Familie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Hause« seien.

»Sie werden uns fehlen.«

Soziologische Gruppen bereits formiert

Während sich die Bundestagsausschüsse und die Fraktionsarbeitsgruppen erst bilden können, wenn die Koalition steht, haben sich die soziologischen Gruppen in der Union bereits formiert. So wählte der Parlamentskreis Mittelstand – mit 130 Mitgliedern die größte Gruppierung der Fraktion – erneut den Unternehmer Christian von Stetten aus Hohenlohe zu seinem Vorsitzenden. Von Stetten stellte sogleich klar, dass der PKM »klare Linie fahren und Farbe bekennen werde«. Man werde darauf achten, dass es keine neuen Belastungen für Unternehmer und leistungsbereite Bürger geben werde.

Zum Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe wählten die Abgeordneten erneut Peter Weiß aus dem Wahlkreis Emmendingen-Lahr, der das Amt bereits seit 2009 ausübt. Als Stellvertreter wurde Paul Lehrieder aus Würzburg bestätigt. Die Gruppe der Frauen bestellte erneut Karin Maag zur Vorsitzenden und Daniela Ludwig zur ersten Stellvertreterin. Maag bekräftigte, dass sich die Gruppe der Frauen mit ihren 49 Mitgliedern weiterhin »kraftvoll« für die Anliegen der Frauen und Mädchen einsetzen werde. Gleichzeitig bedauerte sie, dass mit einem Anteil von knapp 20 Prozent deutlich weniger Frauen der Fraktion angehören als in der vorangegangenen Wahlperiode. Dies werde man mit starkem Engagement versuchen wettzumachen.

Als Sprecher der 50 ostdeutschen Abgeordneten wurde Arnold Vaatz bestätigt. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik wurde Christian Haase einstimmig gewählt.

Künstliche Intelligenz beherrschen

CDU/CSU-Fraktion will Deutschland zum Marktführer machen – Forschung und Innovationen fördern

© Frank/Fotolia

Der Mensch ist die Krone der Schöpfung. Gleichwohl fasziniert uns seit jeher die Frage, ob es möglich sein wird, intelligente künstliche Wesen zu schaffen. Populäre Science-Fiction-Filme wie der neue »Blade Runner«, in denen »Replikanten« von Menschen nicht zu unterscheiden sind, zeugen von dieser Faszination. Die Realität ist zwar weniger dramatisch, stellt gleichwohl eine Herausforderung dar: Künstliche Intelligenz ist auf dem Vormarsch und wird die Welt, in der wir leben, radikal verändern. Die CDU/CSU-Fraktion will die Weichen so stellen, dass die Chancen optimal genutzt werden.

Künstliche Intelligenz (KI) ist ein Oberbegriff für unterschiedliche Konzepte, Maschinen so zu programmieren, dass sie eigenständig lernen. Ermöglicht wurde diese Art der Programmierung durch die riesigen Datenmengen, die inzwischen verfügbar sind, und die Geschwindigkeit der Prozessoren, die in Echtzeit daraus Schlüsse ziehen können. Anwendung finden diese autonomen Systeme schon in den Bereichen selbstfahrende Autos, Pflegeroboter, vernetzte Haushaltsgeräte oder digitale Sprachassistenten.

Anhand der Spiele-Industrie lässt sich der Fortschritt anschaulich verdeutlichen. Im Jahre 1997 bezwang der Computer Deep Blue den Schachweltmeister Garri Kasparow. 2011 gewann der Computer Watson in den Vereinigten Staaten das beliebte Fernsehquiz Jeopardy, bei dem die Kandidaten die richtige Frage zu einer zuvor verlesenen Antwort formulieren müssen. Inzwischen schlagen KI-Systeme auch Profis im japanischen Brettspiel Go oder beim Poker. Sie können sogar kreativ sein, indem sie Videos erstellen, Bilder malen oder Drehbücher schreiben.

Roboter können inzwischen so programmiert werden, dass sie eigenständig lernen.

Lernen über »neuronale Netze«

Dass Computer inzwischen lernen können, verdanken sie einer Schlüsseltechnologie namens »neuronale Netze«. Diese Netze bilden Strukturen des menschlichen Hirns nach. Anfangs können sie kaum etwas, bilden dann aber bei jedem Lernschritt neue Verknüpfungen. Füttert man sie beispielsweise mit unzähligen Katzen- und Hundebildern, lernen sie irgendwann, eine Katze von einem Hund zu unterscheiden.

CDU und CSU haben bereits in ihrem Regierungsprogramm auf die Dimension der Veränderungen für Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen. »Die Entwicklung von Maschinen mit sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI) wird weltweit eine große technologische Innovation bedeuten. Sie wird große Konsequenzen für alle Wirtschafts- und Lebensbereiche haben.« Neben den Forschungs- und Anwendungsgebieten der Künstlichen Intelligenz werden Hoch- und Höchstleistungsrechner, Umgang mit großen Datenmengen, Quantentechnologie und Robotik als Schwerpunkte künftiger Regierungsarbeit genannt. Die stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Nadine Schön (CDU) bescheinigt der KI ein »enormes wirtschaftliches und gesellschaftliches Potenzial. Wir wollen die Chancen nutzen, müssen aber auch über die ethische Verantwortung sprechen.« Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Digitale Agenda, Thomas Jarzombek (CDU), fordert: »Vom Startup bis zum Dax-Konzern müssen wir uns so aufstellen, dass Deutschland globaler Spitzenstandort für das Thema Künstliche Intelligenz wird.« Das gelte für alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft.

»KI hat ein enormes wirtschaftliches Potenzial.«

Zusammenarbeit mit Frankreich angestrebt

Der Künstlichen Intelligenz den Weg zu ebnen, wird auch eine europäische Aufgabe sein. Deshalb haben sich CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm dafür ausgesprochen, dass »Deutschland und Frankreich … diese Herausforderung gemeinsam angehen und um die internatio-

»Wir brauchen einen Masterplan«

Der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates und Theologie-Professor Peter Dabrock über die Herausforderungen Künstlicher Intelligenz

Künstliche Intelligenz wird die Welt, in der wir leben, verändern. Welche Chancen und Risiken sehen Sie?
Dabrock: Zunächst: Wir sollten nicht diskutieren, ob, sondern wie künstliche Intelligenz unsere Welt verändert. Wir sollten als Gesellschaft diesen Prozess mitgestalten und uns nicht von ihm einfach mitreißen lassen. Sogenannte »autonome Systeme« und maschinelles Lernen stellen eine umstürzende Veränderung dar, die zu Recht als »vierte Revolution« bezeichnet wird. Diese birgt in der Tat enorme Chancen, aber auch Risiken. Dabei sollten wir zunächst sehen, was sich lohnt: sicherere Autos, Entlastung im Bereich schwerer oder gefährlicher Produktion, »smarte« Assistenzsysteme in nahezu allen Berufsfeldern, tolle Spielereien für die Freizeit mit Gesundheitseffekten. Aber das bedeutet sicher auch: eine radikale Veränderung unserer Arbeitswelt, die nahezu dauernde und überall verbreitete Aufzeichnung und spätere Weiterverarbeitung von zum Teil sehr intimen Daten. Letztere erfordert ein anderes Verständnis von Datenschutz als heute, und wenige große Firmen geraten global in eine nahezu marktbeherrschende Stellung. Das sind nur einige der Herausforderungen, mit denen wir umzugehen haben.

Welche Rahmenbedingungen sollte die Politik setzen?
Dabrock: Der Umgang mit künstlicher Intelligenz erfordert eigentlich einen großen Masterplan. Kleine Brötchen backen reicht nicht. Sonst werden wir wirtschaftlich abgehängt – von

nale Technologieführerschaft kämpfen.« Der Unternehmer und Autor Fabian J.G. Westerheide befürwortete beim Fachgespräch des Bundestagsausschusses Digitale Agenda zum Thema »Künstliche Intelligenz« im März 2017 eine europäische KI-Agentur. »Europa muss ein technologisches Gegengewicht zu den USA und zu China werden«, forderte er. Um auf diesem Gebiet führend zu werden, müsse Europa »die klügsten Köpfe der Welt willkommen heißen«.

Wie ernst die Konkurrenz zu nehmen ist, lässt sich an der Entschlossenheit Chinas ablesen, bis 2030 den Weltmarkt im Bereich Künstliche Intelligenz dominieren zu wollen. Thomas Jarzombek zeigt sich von dieser Ankündigung alarmiert. »Deutschland braucht einen Masterplan für Künstliche Intelligenz«, sagt er. Die Technologie sei so entscheidend, »dass wir sie nicht China überlassen dürfen, wo es ein ganz anderes Menschenbild gibt«. Auch der Datenschutz habe in China einen sehr viel geringeren Stellenwert als in Europa.

»Neue Technologien nicht China überlassen.«

Frank Kirchner vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz vermisst eine nationale Strategie für KI und Robotik. Glücklicherweise gebe es inzwischen aber zaghafte Ansätze der konzentrierten Förderung von Forschung und Entwicklung, sagte er beim Bundestagsfachgespräch. Er fordert Cluster, in denen Wirtschaft und Forschung zusammenarbeiten.

Weniger Regulierungen für Startups in der Experimentierphase

Der CSU-Abgeordnete Hansjörg Durz sagt voraus, dass KI und Robotik »die industrielle Produktion revolutionieren« werden. Daher gelte es, alles daran zu setzen, Innovation und Fortschritt in diesem Bereich zu fördern. »Vor allem junge und innovative Startup-Unternehmen müssen in die Entwicklung einbezogen werden«, meint Durz. Die CDU-Abgeordnete Schön nannte Startups Seismografen des digitalen Wandels. Ihr Potenzial gelte es auszuschöpfen. »Deswegen

© photothek (Inga Kjer)

Peter Dabrock
Vorsitzender des Deutschen Ethikrates

Wer trägt die Verantwortung für automatische Systeme? Wer haftet?
Dabrock: Da werden die Juristen noch kräftig arbeiten dürfen. Grundregeln sind sicher: Prinzipiell haftet – wie bisher – der Nutzer oder Halter, bei nachweisbar grob fahrlässigem Konstruktionsversagen sicherlich der Hersteller.

Wie werden Menschen leben, wenn die Maschinen ihre Arbeit übernehmen?
Dabrock: Maschinen werden die Arbeit der Menschen nicht vollständig übernehmen. Aber die Arbeit wird sich weiter radikal verändern. Immer weniger unmittelbare Produktionsjobs, dafür mehr hochqualifizierte Jobs in der Programmierung, Steuerung und Überwachung. Traditionelle Berufe wie beispielsweise LKW-Fahrer werden auf Dauer nicht wegfallen, aber ihre Zahl dürfte deutlich geringer werden. Aber klar: Es gibt auch massive Bedrohungen. Der Druck auf die Arbeit wächst – und damit auf die Gesellschaft, dass sie eine Spaltung verhindert.

den USA, von China –, riskieren die informationelle Freiheitsgestaltung des Einzelnen und gefährden Arbeit und Sozialsysteme, die einen wichtigen Beitrag leisten, das erkennbar in der Krise befindliche Gesellschaftsgefüge zusammenzuhalten. Zu all den genannten Punkten muss sich die Politik innovativ und mutig verhalten, national, in Europa, aber auch effektiv auf globaler Ebene.

kann es sinnvoll sein, über Experimentier- oder Erprobungsklauseln nachzudenken, um neue und innovative Entwicklungen zu ermöglichen.« Beispielsweise könnten Startups zu Beginn weniger Regulierung unterliegen.

Angesichts der rasanten Entwicklung in der Digitalisierung steigen auch die Anforderungen an das Wissen und Können von Beschäftigten. Der Ausbildungsstand der künftigen Arbeitnehmer wird entscheidend sein für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen KI-Industrie. »Es ist wichtig zu verstehen, dass wir nie aufhören zu lernen … Daher braucht es ein ganzheitliches und lebenslanges Bildungssystem für Menschen«, sagt Westerheide.

»Wir dürfen nie aufhören zu lernen.«

Auch der Arbeitsmarkt wird sich infolge der Ausbreitung künstlicher Intelligenz stark verändern. Nach Einschätzung von Westerheide werden vor allem Tätigkeiten wegfallen, die jetzt schon ins Ausland verlagert wurden und dann von Maschinen übernommen werden können, etwa E-Mails beantworten, Telefonate führen oder Müll sortieren. Stattdessen seien Arbeitsplätze mit hoher menschlicher Interaktion und Komplexität gefragt. »Maschinen arbeiten. Menschen beraten und entscheiden.« Neue Arbeitsplätze entstünden in vorwiegend jungen Industrien.

»Die Arbeitswelt wird flexibler.«

Auch Durz sieht die Arbeitswelt im Umbruch. »Sie wird flexibler – feste Arbeitszeiten und Arbeitsorte sind nicht mehr die Regel.« Dies berge in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie »große Vorteile«, bringe aber auch Unsicherheiten mit sich. »Die elementare Frage wird sein, wie wir Arbeiten 4.0 sozialverträglich gestalten können.« Der Mensch müsse im Mittelpunkt bleiben, meint Durz.

Kirchner vermutet, dass die Automatisierung und Digitalisierung vor allem in den Bereichen Versicherung, Banken und Handel einsetzen wird. Besondere Chancen sieht er in der Medizin. Mithilfe von robotischen orthopädischen Stützen könnte beispielsweise Patienten mit Schlaganfällen und Rückenmarksverletzungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

© Steven Rösler

Jürgen Hardt
Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Für Dialog und Diplomatie

Jürgen Hardt über außenpolitische Herausforderungen – Von der Türkei über Nordkorea bis Iran

Konflikte und Krisen bestimmen derzeit die weltpolitische Lage. Über die drängendsten außenpolitischen Fragen sprach »Fraktion direkt« mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt.

Die Beziehungen zur Türkei waren in den vergangenen Monaten auf einem Tiefpunkt, auch weil zahlreiche Deutsche dort wegen hanebüchener Vorwürfe inhaftiert sind. Was bedeutet die Freilassung von Peter Steudtner?
Hardt: Der türkische Präsident Erdogan will mit der Abgrenzung zum Westen seine innenpolitische Stellung festigen. Nicht zu Unrecht fürchtet er, dass eine größere Nähe zu Europa in der türkischen Öffentlichkeit zunehmend Fragen nach der Geltung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit aufwerfen würde. Davor hat Erdogan Angst. Er schadet seinem Land damit jedoch wirtschaftlich und politisch. Auch der jüngste Konflikt mit den USA zeigt, dass er seine eigene Wirkmacht dramatisch überschätzt.

Es bleibt zu hoffen, dass die Freilassung Peter Steudtners ein Indiz dafür ist, dass Erdogan allmählich erkennt, in welche Sackgasse er sich manövriert hat. Ich erwarte, dass er auch die anderen unrechtmäßig inhaftierten Menschen – darunter weitere deutsche Staatsbürger – umgehend freilässt und zu einem Kurs der Vernunft zurückkehrt.

Die Auseinandersetzung zwischen Washington und Pjöngjang um die atomare Bewaffnung Nordkoreas hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Wie kann der Konflikt entschärft werden?
Hardt: Es ist nicht förderlich, dass sich US-Präsident Donald Trump auf das rhetorische Niveau des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un begeben hat. Das war nur Wasser auf die Mühlen des Regimes in Pjöngjang. Es gibt in der US-Administration jedoch vernünftige und pragmatische Außen- und Sicherheitspolitiker, die sehr genau die Folgen eines militärischen Eingreifens abschätzen können.

Für mich kann es nur eine diplomatische Lösung des Konflikts mit Nordkorea geben. Die dem Land am nächsten stehenden Vetomächte China und Russland haben im UN-Sicherheitsrat ihre Bereitschaft zur spürbaren Ausweitung der Sanktionen gegen Nordkorea deutlich gemacht. Diesen Weg müssen wir entschlossen gehen. Zugleich müssen die Gesprächsangebote an Nordkorea konkretisiert werden. Ich sehe die EU und vielleicht sogar Deutschland in einer möglichen Vermittlungsrolle.

»Wir Europäer halten an dem Iran-Abkommen fest.«

US-Präsident Donald Trump hat Zweifel, ob der Iran seine Verpflichtungen aus dem internationalen Atomabkommen erfüllt. Der Ball liegt jetzt im US-Kongress, der das Abkommen aufkündigen könnte. Wie gehen wir damit um?
Hardt: Wir Europäer halten an dem Abkommen fest. Zweifellos bleibt der Iran ein problematischer Akteur. Doch dies ist das beste Ergebnis, das die fünf UN-Vetomächte und Deutschland mit dem Iran aushandeln konnten. Es erhöht die Sicherheit in der Region signifikant, vor allem auch für Israel.

Und wir müssen eines sehen: Bei dem Abkommen geht es ausschließlich darum, dass der Iran nicht die Fähigkeit erlangt, Atomwaffen zu bauen. Die Außenpolitik Teherans und sein negativer Einfluss in der Region des Nahen und Mittleren Ostens werden davon nicht erfasst. Dass Trump diese beiden Aspekte nun direkt verknüpft, ist nicht hilfreich.

Ein verheerendes Zeichen – weit über das Abkommen hinaus – ist auch, dass Trump diesen Schritt ohne Abstimmung mit den Vereinten Nationen gegangen ist. Dies schwächt die multilaterale Verhandlungsdiplomatie. Immerhin konnten seine Berater Trump offenbar davon abhalten, unverzüglich aus dem Abkommen auszutreten. Es liegt jetzt an uns Europäern, die US-Administration und den Kongress von der Bedeutung dieses Abkommens zu überzeugen.

Der russische Präsident Wladimir Putin strebt bei der Wahl im März nächsten Jahres zum vierten Mal das höchste Staatsamt an. Müssen wir bis 2024 warten, bis wir auf bessere Beziehungen zu Russland hoffen können?
Hardt: Ich kann keine Bereitschaft bei Wladimir Putin erkennen, seinen Konfrontationskurs mit dem Westen zu beenden und auf uns zuzugehen. Da er in den vergangenen 17 Jahren seiner Macht innenpolitisch wenig erreicht hat – weder hat er die Wirtschaft diversifiziert, noch hat er ein modernes Bildungssystem aufgebaut, noch den Staatshaushalt stabilisiert – ist zu befürchten, dass er weiterhin die außenpolitische Konfrontation suchen wird, um von diesen Versäumnissen abzulenken. Dennoch hoffe ich, dass wir deutlich vor 2024 zu einer konstruktiveren Zusammenarbeit mit Russland zurückfinden können. An Gesprächsangeboten unsererseits mangelt es nicht.

Deutschland bewirbt sich für 2019/2020 wieder um einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Welche Schwerpunkte will Deutschland setzen?
Hardt: Die Vereinten Nationen sind DIE zentrale multilaterale Institution, die die höchste Legitimität besitzt. Aus heutiger Sicht würde Deutschland zwei Themen in den Mittelpunkt rücken: zum einen die Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Migration als globale Herausforderung, zum anderen eine Reform der UN, damit sie schneller und effizienter auf die vielfältigen Krisen in der Welt reagieren kann.

Angesichts der zahlreichen Krisen weltweit will auch die EU ihre gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausbauen. Welche Rolle soll die EU in Zukunft einnehmen?
Hardt: Der Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs vom Juni zur Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik war ein Meilenstein auf dem Weg, die EU zu einem handlungsfähigeren Akteur auf der Weltbühne zu machen. Jetzt gilt es, den Beschluss mit Leben zu füllen. Deutschland und Frankreich übernehmen die Vorreiterrolle in einem zunächst begrenzten Kreis von EU-Staaten, die mitmachen wollen. Für mich stehen der Aufbau einer europäischen zivil-militärischen Führungsfähigkeit sowie die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds im Vordergrund.

»Die EU muss handlungsfähiger Akteur auf der Weltbühne werden.«

Brexit-Verhandlungen stocken

Union drängt Großbritannien zu konkreten Vorschlägen

© Gareth Fuller/empics/Picture Alliance

Wandgemälde des Graffiti-Künstlers Banksy in Dover zum Thema Brexit

Die Verhandlungen über einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union treten 15 Monate nach dem Brexit-Referendum noch immer auf der Stelle. Ursprünglich wollten die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel am 19./20. Oktober die zweite Phase der Brexit-Verhandlungen einleiten. Doch so lange keine Scheidungsvereinbarungen getroffen sind, kann über die Neuregelung der Beziehungen zwischen London und der EU für die Zeit nach dem 29. März 2019 nicht gesprochen werden. Nun soll bis zum EU-Gipfel im Dezember Klarheit geschaffen werden.

Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU), bislang stellvertretender Unionsfraktionsvorsitzender mit Zuständigkeit für Europa, zeigt sich enttäuscht über die Trippelschritte der Briten. »Die britische Regierung ist noch immer konkrete Vorschläge zu vielen Themen schuldig. Sie muss die Verhandlungen dringend intensivieren, sonst ist ein erfolgreicher Abschluss ernsthaft bedroht.«

Abschlussrechnung noch völlig offen

Zentrale Fragen der Scheidungsverhandlungen sind unter anderem die künftigen Rechte von EU-Bürgern in Großbritannien, der Status Nordirlands und finanzielle Verpflichtungen Londons aus der Zeit seiner EU-Mitgliedschaft. Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Stübgen, bemängelt insbesondere, dass bei den finanziellen Verpflichtungen praktisch Stillstand in den Verhandlungen herrscht. In welcher Höhe London Zahlungsverpflichtungen akzeptiere, sei noch völlig offen. Im Raum steht eine Summe von mindestens 60 Milliarden Euro. »Auf Grundlage der bisherigen Ergebnisse können wir noch nicht mit den Verhandlungen über die Neuordnung der Beziehung beginnen«, betont Stübgen (CDU).

Fünf Verhandlungsrunden zwischen Brexit-Minister David Davis und dem EU-Chefunterhändler Michel Barnier hat es seit der formellen Unterbreitung des Austrittsgesuchs im März gegeben. Zwischenzeitlich hatte London bereits eine Übergangsphase angeregt für den Fall, dass bis zum Ablauf der zweijährigen Verhandlungsfrist keine geordnete Scheidung gelingt. Aber eine solche Übergangsfrist schon jetzt auszuhandeln wäre verfrüht. »Wir müssen die vereinbarte Reihenfolge einhalten«, unterstreicht Stübgen. »Über Übergangsregelungen zu reden, macht erst dann Sinn, wenn der Rahmen für die neuen Beziehungen halbwegs steht und in etwa absehbar ist, wie weit die Verhandlungen über März 2019 zeitlich hinausgehen.« Beim Gipfel am 19./20. Oktober vereinbarten die EU-Chefs, lediglich intern Überlegungen anzustellen, wie sich das Verhältnis zu Großbritannien nach dem Brexit gestalten könnte.

Zufrieden zeigt sich Friedrich, dass es Großbritannien nicht gelungen ist, die Austrittsverhandlungen auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs zu heben, wo sich die restlichen 27 leicht hätten auseinanderdividieren lassen können. Friedrich betont: »Es ist richtig, dass ausschließlich Michel Barnier für die Europäer mit den Briten verhandelt. Das schafft Transparenz und ist der einzige praktikable Weg. Alles andere würde die Verhandlungen verkomplizieren und die Position der Europäer zweifellos schwächen.«

Während die EU weiterhin davon ausgeht, dass ein geordneter Brexit möglich ist, bereitet Großbritannien offensichtlich einen Plan B vor. Für den Fall, dass bis zum Ablauf der Frist im März 2019 keine Vereinbarung erzielt wird, sollten sich die Handelsbeziehungen nach den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) richten, heißt es in einem Positionspapier.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Heiner Geißler war eine herausragende Persönlichkeit

Die Unionsbundestagsfraktion trauert um Heiner Geißler. Weggefährten, Freunde und ehemalige Parlamentskollegen haben während eines Trauergottesdienstes in der Berliner Hedwigskathedrale Abschied vom früheren Bundesminister, Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und CDU-Generalsekretär genommen. Er war am 12. September im Alter von 87 Jahren gestorben. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder würdigte Heiner Geißler als wichtigen Wegweiser, der immer wieder gemahnt hatte, dem »C« als Wertekompass die gebührende Beachtung zu schenken.

© Eventpress Stauffenberg/Picture Alliance

Glocke erklingt zur Fraktionssitzung

»Damit hat schon der Adenauer geklingelt«, erzählen sich die Fraktionsmitarbeiter, die die 1,1 Kilogramm schwere Glocke aus Bronze jeden Dienstag zur Fraktionssitzung auf den Platz des Vorsitzenden stellen. Ob diese Glocke tatsächlich schon zu Adenauers Zeiten geläutet wurde, lässt sich historisch nicht mehr belegen. Sicher aber ist: Wie schon zu Bonner Zeiten wird der Fraktionsvorsitzende auch in der 19. Wahlperiode damit den Beginn einer jeden Fraktionssitzung einläuten. Sobald sie erklingt, müssen die Journalisten, die zum Auftakt der Sitzung noch mit den 246 Politikern von CDU und CSU sprechen können, den Saal verlassen.

© Tobias Koch

Union trifft sich mit FDP und Grünen

© Tobias Koch

Schwarze, gelbe und grüne Luftballons steigen in den Himmel und symbolisieren den Beginn der ersten Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen in Berlin. Bevor eine Jamaika-Koalition zustandekommen kann, müssen die Beteiligten zunächst noch hart um Kompromisse ringen. Laut CDU/CSU-Fraktionsspitze sollte es das Ziel sein, die Bürger und das Land in schwieriger Zeit weiter voranzubringen.

© Tobias Koch

»Demokratischer Streit ist notwendig, aber es ist ein Streit nach Regeln.«

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in seiner Antrittsrede auf der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducsu.de

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de

Frakion direkt:
www.cducsu.de/fraktiondirekt

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion

www.youtube.com/**cducsu**

twitter.com/**cducsu**

www.instagram.com/
cducsubt

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter **fraktiondirekt.abo@cducsu.de**

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter **www.cducsu.de/newsletter-abo**. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.